

<p style="text-align: center;">Fraktion DIE LINKE. (Antrag Nr. 2364/2015)</p>
--

Eingereicht am 22.10.2015 um 14:03 Uhr.

Ratsversammlung 19.11.2015

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Senkung energetischer Mindestanforderungen bei Wohnungsbau und -sanierung

Antrag:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover beschließt die energetischen Anforderungen an Wohngebäuden bei städtischen Grundstücksverträgen von den jetzt geltenden Modalitäten auf das gesetzliche Maß abzusenken. Ebenso wird mit Sanierungen verfahren.

Begründung:

Die überbordenden Anforderungen der Landeshauptstadt Hannover in Bezug auf die energetischen Anforderungen an Wohngebäuden haben dazu geführt, dass der Bau von Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten ungleich unattraktiv zum Wohnungsbau für gehobene Mieten geworden ist. Das blinde Befolgen der Losung oder des Sinnspruchs „global denken, lokal handeln“ darf nicht dazu führen, dass in den Großstädten nur noch die Ober- und die gehobene Mittelschicht wohnen kann. Klimaschutz kann nicht dadurch betrieben werden auf bezahlbaren Wohnraum in Städten zu verzichten, der dann zu niedrigeren ökologischen Standards im Umland entstehen muss. Hier ist dringend eine Kurskorrektur von Nöten, die den realen wohnungspolitischen Anforderungen vor Ort den Vorzug vor esoterisch anmutenden Klimaschutzdebatten um die Beeinflussung der zweiten Nachkommastelle bei antizipierten Klimaerwärmungsszenarien gibt.

Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 22.10.2015